

Geschäfte mit Atomstrom florieren prächtig



**Aus für grenznahe
Atom-müll-Endlager!?**

**Riesenandrang bei
Atom-müll-Doku**

anti atom komitee

Der Traum von ... oder Wie viel ist genug?



Der Traum von der endlos billigen Energie mittels Kernspaltung vor ca. 50 Jahren wird zu einem Alptraum der Menschheit. Der Dokumentarfilm „Die Reise zum sichersten Ort“ zeigt auf, dass trotz vieler Bemühungen weltweit für die hochgiftigen radioaktiven Abfälle keine Lösung in Sicht ist.

Dies müsste doch Grund genug für ALLE (Regierungen, Energieversorger, Gesellschaft, ...) sein, alles zu

unternehmen, so rasch als möglich von dieser Technik weg zu kommen. Warum passiert das nicht?

Aus meines Sicht deshalb, weil es einerseits für manche viel Geld zu verdienen gibt und andererseits weil das Energiethema sehr vielschichtig ist und es damit keine eindimensionale Lösung gibt:

**von Alfred Klepatsch
Obmann des AAK**

Das alleinige Beenden der Atomkraft würde damit zu einer stärkeren Nutzung von den fossilen Energieträgern führen - teilweise nur eine Problemverschiebung.

Es braucht daher zusätzlich noch weitere Maßnahmen wie Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger, ein geänderter Lebensstil und ein Überdenken der Wirtschafts- und Gesellschaftsform

– Wie viel ist genug?

– Was brauche ich wirklich um glücklich zu sein?

– Wäre nicht oftmals weniger mehr?

– ...

Seien wir ehrlich, diese Gier (oder weniger dramatisch ausgedrückt: diesen Drang nach mehr) trägt jeder in sich – egal ob reich oder arm. Es wird also eine der großen Zukunftsherausforderungen für uns alle, ein Augenmaß für unser tägliches Handeln zu finden. Mahatma Gandhi formulierte es schon treffend: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“

Abschließend sage ich allen danke für das Engagement und die Unterstützung bei den Aktivitäten gegen die Atomenergie. Gehen wir weiterhin gemeinsam diesen Widerstandsweg und stärken wir diesen mit konkreten Handlungen in Richtung nachhaltiger Energieversorgung.

Tschechisches Energiekonzept – ein Dinosaurier von vorgestern

Es ist längst bekannt! Atomkraft ist nur durch massive Geldspritzen der Steuerzahler überlebensfähig. Trotzdem hält Tschechien im neuen Energiekonzept am Ausbau der Atomkraft fest und plant massive staatliche Förderungen für AKWs. Das Anti Atom Komitee propagiert Gemeinderesolution an Land und Bund.

Obwohl mittlerweile bekannt ist, dass Atomkraftwerke völlig unwirtschaftlich sind und nur durch massive Staatsförderungen und Preisgarantien der Regierungen betrieben werden können, setzt die tschechische Regierung noch immer auf Atomenergie.

So geht das neue tschechische Energiekonzept von einem massiven Ausbau der Atomkraft und einer wesentlichen Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken aus und setzt damit weiterhin auf eine Technologie, die ihr Ablaufdatum längst überschritten hat.

Dieses Energiekonzept geht völlig an der Realität vorbei, ignoriert über-

fällige Veränderungen in der Energiepolitik in Tschechien und stellt im Wesentlichen eine Unterstützungserklärung der tschechischen Atomlobby dar. So soll es bei den erneuerbaren Energieträgern eine kontinuierliche Streichung der Förderungen geben, jedoch mehr für den Bau von Atomkraftwerken und staatliche Förderungen und Preisgarantien für den Absatz von unwirtschaftlichem Atomstrom.

Viele oberösterreichische Gemeinden fordern auch in einer Resolution an die Landes- und Bundesregierung, im Lichte dieses Energiekonzeptes alle rechtlich möglichen Schritte gegen den Ausbau von

Atomkraftwerken und die Errichtung von Atommüllagern in Tschechien zu setzen, in Anlehnung an die Entschließung des Nationalrates vom 13. November 2012.

Diese Gemeinderesolution wird auf Grund des großen Erfolges auch auf die anderen Bundesländer ausgeweitet, um möglichst großen Druck auf die Landesregierungen und die Bundesregierung seitens der Gemeinden im Interesse der österreichischen Bevölkerung auszuüben.



Gemeinsam kann viel erreicht werden – Atommüllendlager an öö. Grenze „gestorben“???

Der Widerstand aus Oberösterreich und Tschechien gegen ein grenznahes Atommüllendlager macht sich bezahlt. Der grenznahe Standort bei Boletice in Südböhmen knapp 20 Kilometer von Oberösterreichs Grenze wird als „geologisch ungeeignet“ eingestuft.

Seit den fünfziger Jahren haben sich mit dem Betrieb von Atomkraftwerken weltweit über 350.000 Tonnen hochradioaktiver Atommüll

angesammelt, für dessen Endlagerung es bis heute keine Lösung gibt. Trotzdem wird die Produktion von Atommüll weiter fortgesetzt.

Die nunmehrige Entscheidung, dass der Standort in Boletice, knapp 20 Kilometer von der öö. Grenze nun als „geologisch ungeeignet“ eingestuft wurde, macht deutlich, dass sich der gemeinsame Widerstand aus Politik und den NGOs aus Oberösterreich und Südböhmen bezahlt gemacht hat.



Grenzüberschreitender Protest von österreichischen, bayerischen und tschechischen Anti-Atom-Organisationen in Boletice, einem der möglichen Endlager-Standorte nahe der österreichischen Grenze zeigte offensichtlich Wirkung.

Gastkommentar

Die Suche nach einem Endlager für abgebrannte Brennstäbe in Tschechien beginnt nach der politischen Wende, als klar geworden war, dass der Rücktransport der abgebrannten Brennelemente nach Russland nicht erfüllt werden konnte.

Ursprünglich wurden 28 mögliche Standorte genannt, aus denen 11 Standorte ausgewählt wurden. In der Folge sind diese 11 Standorte noch mit weiteren Kriterien überprüft worden und zwar die Landschaftskriterien sowie die Bedingungen für den Ausbau und Betrieb des Endlagers.

Die zuständige Behörde SURAO war in den betroffenen Standorten mit so großen Widerstand konfrontiert, dass die Regierung im Jahre 2004 ein fünfjähriges Moratorium genehmigt hat

In einigen betroffenen Gemeinden sind Volksabstimmungen organisiert

worden, nach deren Ergebnissen die Gemeinderäte verpflichtet sind, alle jene Schritte durchzuführen, um den Ausbau des Endlagers im jeweiligen Gemeindegebiet zu verhindern.

Weil es nicht gelungen ist, die negative Einstellung der Gemeinden zu ändern, ist die Regierung im März 2008 zum Schluss gekommen, dass die Standorte auch in jenen Gebieten zu suchen sind, wo nicht die Gemeinden, sondern der Staat über die Grundstücke verfügt. So ist der Truppenübungsplatz Boletice in Südböhmen in Betracht gezogen, 18 km von der österreichischen Grenze entfernt.



**Dipl. Ing. Dalibor Straský
(Anti Atom Beauftragter
des Landes OÖ.)**

Vom 30. Jänner 2014 stammt eine klare Aussage des tschechischen Industrieministeriums, anlässlich einer schriftlichen Anfrage mit ergänzenden Fragen zur Endlagersuche von LR Anschober: „Der Standort Boletice ist in den ausgewählten Standorten auf Grund des ungeeigneten geologischen Untergrunds nicht erfasst.“

Stromkennzeichnung - Geschäfte mit A

Die Pressemeldung der e-control, dass der Anteil von Graustrom und Atomstrom in Österreich gesunken sei, ist nur rechnerisch richtig. Das Anti Atom Komitee kritisiert, Österreich importiert weiterhin Atomstrom und dass Österreich atomstromfrei ist, ist weiterhin ein Märchen.

Die e-control teilte in einer Presseaussendung mit, dass der Anteil von Strom unbekannter Herkunft (Graustrom) von 13,9% auf 7,3% gesunken ist. Dies ist allerdings nur darauf zurückzuführen, dass der Zukauf von norwegischen Wasserkraftzertifikaten von 17,2% auf mehr als 22% gestiegen ist. Am tatsächlichen Import von Atomstrom oder Graustrom verändert dies kaum etwas, weil sich durch die Zertifizierungspflicht an der Einkaufspolitik der österreichischen Stromhändler nichts ändert. Auch die e-control bestreitet dies nicht, denn sie hat keine Kompe-

tenz von den Stromhändlern die Information einzufordern, woher sie ihren Strom zukaufen. Für die e-control ist nur eine ausgeglichene Bilanz zwischen verkauftem



Strom und den vorliegenden Zertifikaten von Bedeutung. Es ist daher selbstverständlich nach wie vor mög-

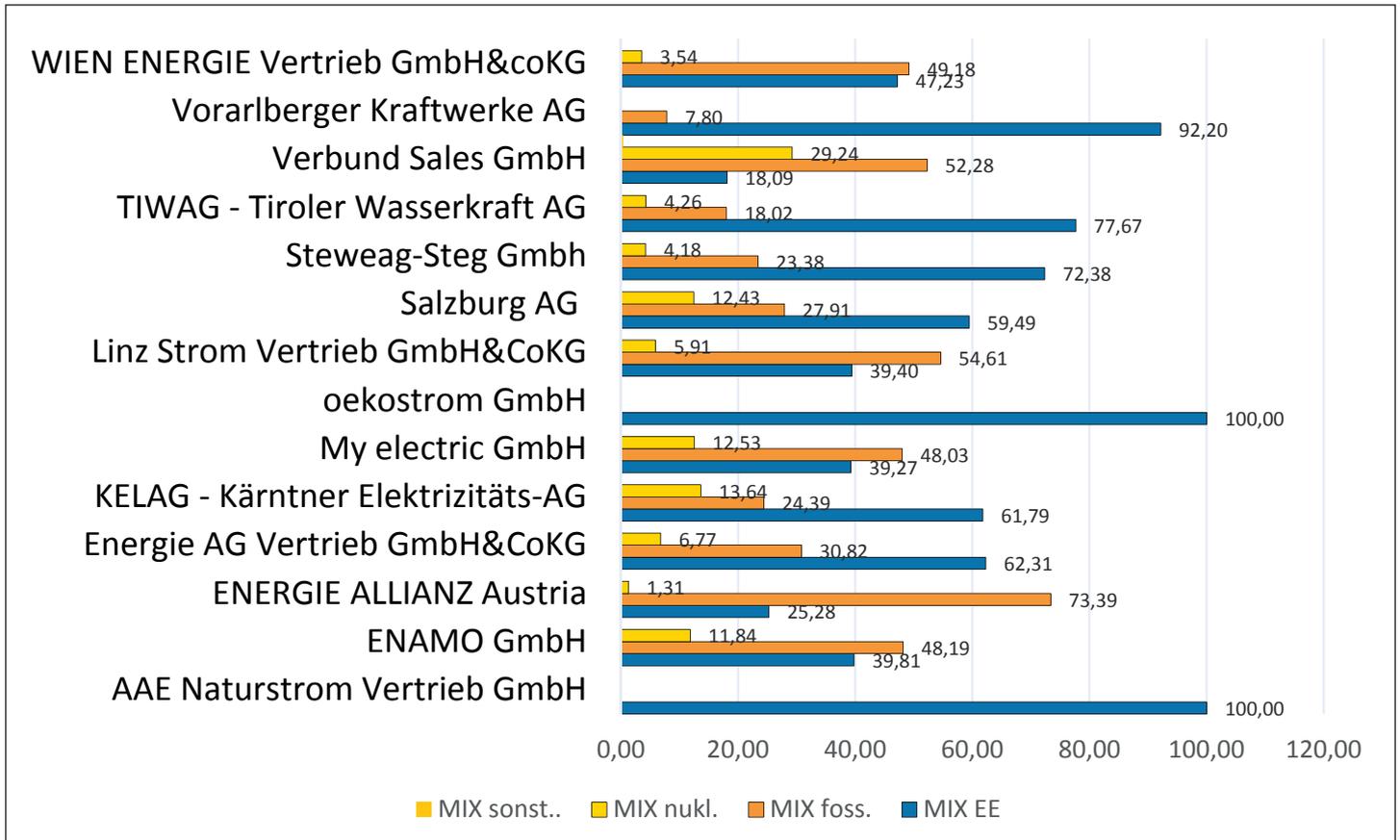
lich, Atomstrom zu importieren und an Endkunden zu verkaufen, dieser ist aber nun mit einem Zertifikat versehen, egal woher das stammt. Die EU Richtlinie 2009/28/EG nach der der getrennte Handel von Strom und Zertifikaten erlaubt ist, ist das Grundübel dieser intransparenten Stromkennzeichnung. Die Bundesregierung ist daher dringend aufgefordert, dass diese Täuschung der Stromkunden endlich ein Ende findet, denn dass Österreich atomstromfrei sei, ist nach wie vor ein Märchen.

Stellungnahme des Anti Atom Komitees:

Die Kritik an der Novelle des ELWOG geht dahin, dass mit der Zertifizierungspflicht für in Österreich verkauftem Strom, sich an der Einkaufspolitik der österreichischen Stromhändler nichts ändert.



Atomstrom florieren weiterhin prächtig

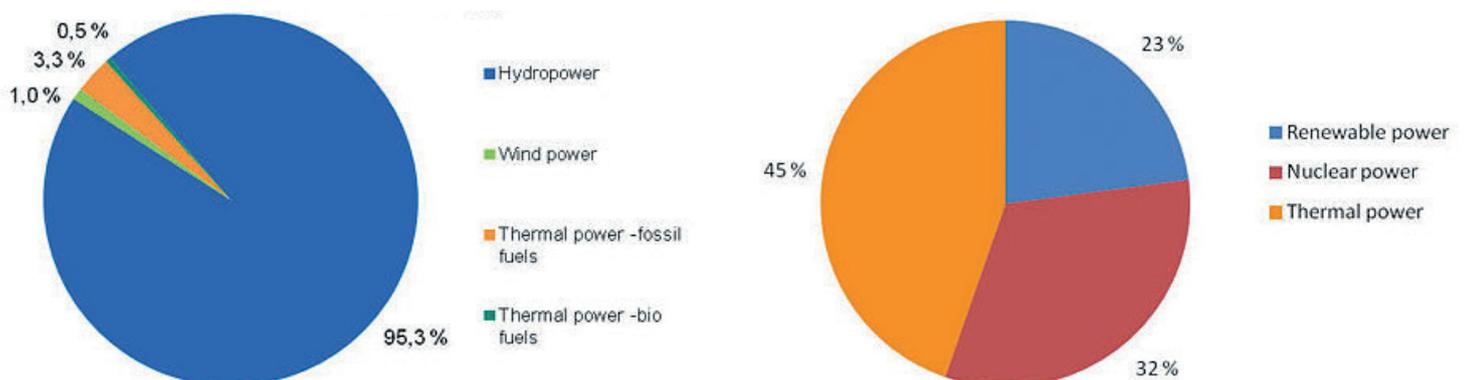


Strommix ausgewählter Stromlieferanten unter Berücksichtigung des „Graustromes“, der durch norwegische Wasserkraftzertifikate „grün gewaschen“ wurde.

In einem europäischen Stromsee besteht die einzige Möglichkeit darzustellen, wessen Strom gekauft wird darin, wer das Geld dafür erhält. Eine verpflichtende Zertifizierung verändert daran absolut nichts! Das Gründübel liegt in der EU Richtlinie 2009/28/EG, nach der der getrennte Handel von Strom und Zertifikaten erlaubt ist. Wie schon im Herbst 2012 mit

e-control besprochen und im Februar 2013 nachgefragt, bestreitet die dies nicht, die wissen nicht einmal, woher die österreichischen Stromhändler ihren Strom zukaufen und haben auch keine Kompetenz, diese Information von den Stromhändlern einzufordern. Für die e-control ist nur eine ausgeglichene Bilanz zwischen verkauftem Strom und vorliegenden und von ihnen genehmigten

Zertifikaten von Bedeutung. Nach der Veröffentlichung des Stromkennzeichnungsberichtes der e-control im September 2013 zeigt sich deutlich, dass die scheinbare Atomstromfreiheit nur durch den Zukauf von Wasserkraftzertifikaten, vorwiegend aus Norwegen, der Bevölkerung suggeriert werden kann.



Obwohl Norwegen über 95% seines Stroms aus Wasserkraft produziert, ergibt sich durch den Verkauf von Wasserkraftzertifikaten in die EU (auch nach Österreich) die kuriose Situation, dass die Norweger heute nur mehr 23% Strom aus erneuerbaren Energieträgern aber 45% Strom aus fossilen Energieträgern und 32% Atomstrom verbrauchen.

Kanzler und Vizekanzler lehnen Förderung für neue AKWs ab

Anlässlich der Mühlviertler Messe trafen sich Manfred Doppler und Elfi Guttenbrunner mit Bundeskanzler Werner Faymann in Freistadt, um vor der NR-Wahl eine Stellungnahme der Bundes-SPÖ zum Thema des Ausbaues des AKW Temelin sowie zu den Ausbauplänen Englands in Hinkley Point C zu erhalten. Angesichts möglicher Fördergelder aus Steuermitteln für den Neubau von AKWs und drohenden Preisgarantien für Strom aus Temelin und Hinkley Point ist eine klare und scharfe Ablehnung Österreichs von enormer Bedeutung. Dieses Ansinnen muss als EU-widriger Bruch des Wettbewerbsrechtes scharf abgelehnt werden.

BK Faymann sagte zu, dass er dagegen sein Veto als Regierungschef einlegen werde, sollte es zu diesen Förderungen kommen.



Werner Faymann bestätigte Manfred Doppler und Elfi Guttenbrunner gegen die Förderung von AKWs sein Veto einzulegen.



Auch Michael Spindelegger sagte Manfred Doppler, Elfi Guttenbrunner und Alfred Klepatsch beim Treffen in Hagenberg zu, Förderungen von AKWs nicht zuzustimmen.

Das Anti Atom Komitee nützte auch den Wahlauftritt von Vizekanzler Spindelegger in Hagenberg zu einem Treffen und dazu, ihm die gleichen Fragen zu stellen, wie Bundeskanzler Faymann, die EU widrigen Förderansinnen von England und Tschechien für den Neubau von Hinkley Point bzw. Temelin zu unterbinden. Auch Spindelegger sagte zu, dass er derartigen Bestrebungen nicht zustimmen werde, da dies einen klaren Widerspruch zum EU Beihilfenrecht darstellen würde.

Wir werden versuchen, noch vor den EU-Wahlen im Mai mit Außenminister Sebastian Kurz einen Gesprächstermin zu erhalten, um ihm diese brisante und möglicherweise richtungsweisende Entwicklung darzulegen.

Fertig, aber Ziegel.

WimbergerHaus

MEIN HAUS WIRD WAHR.

GRATIS
Hausbeispiele, Grundrisse
Preise, Pläne, Infos, u.v.m.

Baufamilienmappe gleich auf unserer Website bestellen, oder an einem unserer Standorte abholen.

LASBERG - LINZ - ST. GEORGEN/W. - SCHÖRFLING - TRAISMAUER

www.wimbergerhaus.at | 0732 78 78 28

30 Jahre WimbergerHaus MEIN HAUS WIRD WAHR



Manfred Doppler (2. v.l.) im Gespräch mit den Nationalräten Michael Hammer, Ruperta Lichtenegger, Rainer Widmann und LAbg. Hans Affenzeller (1. v.l.) über das Problem Euratom und die dringend notwendige Neugestaltung des EURATOM-Vertrages.

Live Diskussionen mit oberösterreichischen NationalrätInnen

Seit zwei Jahren gestaltet das Anti Atom Komitee eine Fernseh-sendung im dorftv, einem nicht kommerziellen Fernsehsender in Linz, der über Antenne (DVB-T) in ganz Oberösterreich empfangen werden kann. Außerdem können die Sendungen auch online angesehen werden.

Bei der letzten Sendung konnte Manfred Doppler oberösterreichische Nationalräte als Gäste im Studio am Linzer Hauptplatz begrüßen und sie zu den Krediten für Atomprojekte, basierend auf dem

EURATOM-Vertrag zu befragen. Dieser sieht in seiner Präambel seit 1957!!! vor, die Voraussetzungen für den raschen Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie zu schaffen. Alle Abgeordneten

sprachen sich für eine rasche Revision des EURATOM-Vertrages aus, mit der Zielsetzung, die Förderung von Atomenergie völlig einzustellen, denn 60 Jahre am Tropf des Steuerzahlers sollten genug sein, auch unter dem Aspekt, das Atomenergie heute nur ca. 4 Prozent des Weltenergieverbrauches abdecken kann. Link zum Nachhören der Diskussion: <http://www.dorftv.at/videos/anti-atom-komitee/7909>

Taten von Bund und Land gefordert – oö. Gemeinden erwarten Umsetzung von Nationalratsentschließung

Die oö. Gemeinden fordern in einer Resolution das Land und den Bund auf, alle rechtlich möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausbau von Atomkraftwerken und die Errichtung von Atommülllagern in Tschechien entgegen zu wirken.

In dieser Entschließung des Nationalrates, die von der SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen eingebracht und vom BZÖ unterstützt wurde, wird die Bundesregierung aufgefordert, eine konsequente Anti Atom Politik

zu betreiben, mit dem Ziel eines „europaweit raschest möglichen“ Ausstiegs aus der Atomenergie. Die oö. Gemeinden fordern nun in einer Resolution an den Bund und das Land, alle rechtlich möglichen

Schritte zu unternehmen, den Aus- und Neubau von Atomkraftwerken und Atommülllagern zu verhindern. Bereits über 150 oö. Gemeinden haben diese Resolution beschlossen und daher soll diese Aktion auf die Bundesländer Niederösterreich und Salzburg ausgedehnt werden. Damit soll bekräftigt werden, dass sich die Gemeinden von der Bundesregierung die Umsetzung dieser Entschließung erwarten.

Riesenandrang zu Atommüll – Dokumentarfilm mit Publikumsdiskussion



Nach dem Dokumentarfilm diskutierten Christian Jachs, Manfred Doppler, Rudi Anschober, Gabi Schweiger, Eda Sequens und Dalibor Strasky (v.r.n.l.) mit dem Publikum über das ungelöste Problem der Endlagerung von Atommüll.

Eine Mühlviertelpremiere gab es im Kino Freistadt mit der Dokumentation des Schweizer Regisseurs Edgar Hagen über das ungelöste Problem der Endlagerung von Atommüll. „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“ mit abschließender Podiumsdiskussion stieß auf derart großes Interesse, dass der Saal zu klein wurde.

Seit den fünfziger Jahren haben sich mit dem Betrieb von Atomkraftwerken weltweit über 350.000 Tonnen hochradioaktiver Atommüll angesammelt, für dessen Endlagerung es bis heute keine Lösung gibt. Trotzdem wird die Produktion von Atommüll weiter fortgesetzt. Die Dokumentation schildert die schon fast verzweifelte Suche nach dem „sichersten Ort der Erde“ bei dem sichergestellt sein muss, dass dieser Atommüll für die nächsten 1 000 000 Jahre unschädlich für die Natur endgelagert werden kann. Der Nuklearphysiker und Endlagerexperte Charles McCombie

nimmt den Regisseur Edgar Hagen mit auf eine Reise in verschiedenste Gegenden der Erde auf der Suche nach einem geeigneten Standort für ein derartiges Lager. Selbst ein eingefleischter Atombefürworter wie McCombie muss zugeben, dass ein Scheitern der Suche durchaus möglich ist. Diese Dokumentation zeigt deutlich auf, dass das Problem der Atommüllendlagerung bis heute völlig ungelöst ist, und aus dem Blickwinkel eines möglichen Scheiterns es eigentlich verbrecherisch ist, weiterhin ungebremst Atommüll zu produzieren. Manfred Doppler moderier-

te gemeinsam mit Gabi Schweiger von den Freistädter Müttern gegen Atomgefahr die anschließende Podiumsdiskussion, an der LR Rudi Anschober, Bgm. Christian Jachs, Dalibor Strasky, der Anti Atom Beauftragte des Landes OÖ. sowie Eda Sequens von der Vereinigung CALLA aus Budweis teilnahmen. In der Diskussion, bei der auch viele Fragen aus dem Publikum beantwortet werden konnten, kam deutlich zum Ausdruck, dass auch in Tschechien die Suche nach einem geeigneten Standort, der auch von der Bevölkerung akzeptiert wird, immer mehr zu einer schier unlösbaren Aufgabe wird. Es besteht die Gefahr, dass über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wird und dass nicht mehr die Langzeitsicherheit eines möglichen Standortes im Vordergrund steht, sondern der Druck, einen solchen Standort zu finden.

*„Anbauen geht schon heute.
Nur mit dem Essen müssen wir noch ein
wenig warten. Vielleicht 20.000 Jahre.“*

**Kraftwerksdirektor Ihor Hramotkin auf die Frage:
„Und wann wird man wieder Kartoffeln anbauen auf den Wiesen von Tschernobyl?“**